

A-10 Schluss mit der Bildungskrise! Für einen Aufbruch in eine neue Bildungspolitik in den Kommunen.

Gremium: GRÜNE JUGEND Hessen Landesvorstand
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Als Jugendverband müssen wir in den Kommunen Bildung zu einem zentralen
2 Schwerpunkt machen – denn in den letzten Wahlkämpfen fand Bildungspolitik
3 wenig Beachtung. Dabei ist sie eine essenzielle Chance: Sie wirkt sich
4 statistisch stark auf die Einkommen, Lebensverhältnisse und Zufriedenheiten der
Bürger*innen einer Kommune aus. Oft werden Schulen wie eine Lernfabrik verwaltet,
was zahlreiche Probleme mit sich bringt. Doch viele Kommunen und
Schulen haben gezeigt, dass innovative pädagogische Ideen nachhaltig positiv
wirken können.

Der Länderrat möge beschließen, dass:

- Folgende Vorschläge, um eine gerechte und zukunftsfähige Bildungspolitik zu gestalten, welche von den Landesvorständen an die Kreisverbände der GRÜNEN JUGEND in den kommenden Wahlprogrammprozessen für die Kommunalwahl vorgestellt werden
- Die Landesvorstände unterstützen auf Wunsch der Kreisverbände die Einbringung dieser Vorschläge in die jeweiligen Kommunalwahlprogramme
- In Kreisverbänden, in denen kein Kreisverband der GRÜNEN JUGEND existiert, werden die Landesvorstände dazu angehalten, die folgenden Ideen an die jeweiligen Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen heranzutragen

11 Bildung betrifft uns alle. Lasst sie uns wieder auf die Karte setzen!

Schulgebäude

13 Schulräume müssen ausreichend Platz bieten sowie schallreduziert und ganzjährig
14 angenehm temperiert sein. Eine gute Belüftung und trockene
15 Raumverhältnisse sind essenziell für konzentriertes Lernen. Schulen müssen

16 saniert werden. Gefahrenquellen wie bauliche Mängel oder herabfallende
17 Elemente müssen konsequent beseitigt werden. Schüler*innen verbringen bis zu
18 15.000 Stunden in der Schule – die Umgebung muss daher inspirierend
19 gestaltet sein. Licht, Farben und Ausstattung sollten eine angenehme Atmosphäre
20 schaffen und müssen barrierearm ausgestaltet werden. Außerdem benötigt
21 es neben den Unterrichtsräumen auch Begegnungsorte, die soziale Interaktion
22 ermöglichen. Schulen benötigen offene und geschlossene Lernbereiche für
unterschiedliche Bildungsformen. Werkstätten, Gärten, Experimentallabore, Bühnen
und Ateliers sollten ebenso vorhanden sein wie Räume für Gruppen- und
Einzelarbeit. Betonflächen müssen durch grüne, ansprechend gestaltete Schulhöfe
ersetzt werden. Vielfältige Spiel- und Sportmöglichkeiten sollen den
Schüler*innen zur freien Nutzung bereitstehen. Moderne Hard- und Software muss
für alle Schüler*innen zugänglich sein. Smartboards oder Flatscreens
sollten in allen Unterrichtsräumen vorhanden sein. Zudem müssen Computer mit
aktueller Lernsoftware und Office-Programmen frei nutzbar sein. Schulen
sollen sich in den Stadtteil öffnen. Nachmittagsangebote außerschulischer Träger
können in Schulräumen stattfinden.

23 Das Hauptproblem bei der Erfüllung des Ganztagsanspruchs ab 2026 sind mangelnde
24 Raum- und Platzkapazitäten sowie die fehlenden Liegenschaften. Mensen
25 und Aufenthaltsräume müssen auch in Freistunden einladende Orte für Schüler*innen
26 sein, um Lernen und soziale Interaktion zu ermöglichen. Nach
27 Möglichkeit sollen für das Ganztagsangebot gesonderte Räume zur Verfügung
28 gestellt werden, die den Anforderungen des Ganztags gerecht werden. Gerade
29 in (Groß-) Städten sind Flächen für neuen Schulbau knapp. Bestandsumbau sollte
30 gefördert werden. Zur Erhaltung der Grauen Energie, der Gesamtheit der
für den Bau benötigten Ressourcen, sollte der Lebensdauerzyklus eingerechnet
werden. Anmietung kann auch eine Option sein, wobei es oft günstiger ist,
wenn die Stadt Eigentümerin des Schulgebäudes und des Grundstücks ist.
Gleichzeitig sollen Anforderungskriterien auferlegt werden, die sich an der
Nachhaltigkeit ausrichten. In Zeiten der Klimakrise bedeutet dies beispielsweise
Bauen mit nachhaltigen Rohstoffen, Passivhausstandard, Begrünung und
PV-Anlage auf dem Dach. Auch (rollstuhlgerechte) Barrierefreiheit ist kein Nice-
to-have, sondern Standard in der Schule der Zukunft.

31 **Mittagessen**

32 Zu einem gesunden und erfolgversprechenden Schul- und Kitaalltag gehört ein
33 gesundes Mittagessen. Kein Kind soll den Tag über hungernd nach Hause oder
34 in den Jugendklub gehen müssen. Kostenlose Essensangebote gehören deshalb dazu.
35 Diese müssen von der Stadt subventioniert und soweit möglich im
kommunalen Eigenbetrieb zur Verfügung gestellt werden. Es muss immer ein
vegetarisches und veganes Angebot geben und generell soll das Essen
ökologisch, regional und saisonal angebaut sein.

36 **Integration außerschulischer Lernorte, die in der Kommune bereitstehen**

37 Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten und -möglichkeiten (z. B.
38 Bibliotheken, Naturlernpfaden, historische Stätten) soll verstärkt werden.
39 Schüler*innen müssen frühzeitig mit den Möglichkeiten zum gesellschaftlichen
Engagement bekannt gemacht (Feuerwehr, Jugendtreffs usw.) und Schulen
aktiv in das kommunale Geschehen integriert werden. Dazu gehört auch, dass
Schulgebäude stärker für öffentliche Veranstaltungen genutzt werden.

40 **Frühkindliche Erziehung und Kindertagesstätten/Kindertagespflege**

41 Die Versorgungsquote in Krippen und Kitas gilt es zu gewährleisten und den
42 Personalschlüssel zu verbessern. Ein bedarfsgerechtes Stundenmodell kann
43 dazu beitragen, Personal zu entlasten. Die Arbeit von Erzieher*innen in
44 Randtageszeiten könnte mit einem Zuschlag attraktiver gemacht werden.
45 Multiprofessionelle Teams entlasten ebenso Erzieher*innen und ermöglichen eine
46 spezifische Unterstützung kindlicher Entwicklung. Der Ausbau von Kitas
47 zu Familienzentren bietet die einmalige Möglichkeit, vielfältige Bildungs- und
48 Beratungsangebote für die gesamte Familie an einem zentralen Ort
49 bereitzustellen. Jede Kita weist andere Bedingungen auf, deswegen sollen soziale
50 Faktoren der Kinder, Eltern und der Umgebung erfasst werden und
51 Berücksichtigung finden. Dazu kann auch gehören, dass Kitas eigenständige Profile
52 herausbilden. Tagesmütter und -väter sollen eine angemessene
53 sozialversicherungspflichtige Absicherung erhalten. Die Neugründung von
Kindertagespflegen muss unterstützt und Beratung bereitgestellt werden.
Erzieher*innen wissen viel zu oft nicht, an wen sie sich wenden können. Es
benötigt sichtbare Beratungs-, Fortbildungs- und Vernetzungsangebote für
Erzieher*innen. Beim Übergang in die Grundschule darf diese nicht wieder von
vorne anfangen. Vielmehr muss die Zusammenarbeit beim Übergang im Sinne
des staatlichen Bildungsplanes 0-10 verstärkt werden. Die frühzeitige Verankerung
eines Bewusstseins für die Auswirkungen unserer Lebensweise ist
essenziell, deswegen sollte Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bereits in
der Kita stattfinden. Bildung ist ein Gut, zu dem alle Zugang haben
müssen, das bedeutet aber nicht Kostenfreiheit per se. Im Hinblick auf die
kommunalen Haushalte empfiehlt sich eine einkommensabhängige Staffelung.
Damit können einkommensschwache Haushalte gezielt entlastet werden.

54 **Ausbildung**

55 Kommunale Bildungspolitik darf nicht einseitig auf den schulischen Bildungsweg
56 ausgerichtet sein. Jugendliche, die sich nicht für das Abitur
57 entscheiden oder das Studium abbrechen, müssen ebenso im Fokus sein. Fachkräfte
58 werden dringend benötigt. Dazu gehören kommunale Arbeitsmarkt- und
Ausbildungsprogramme sowie der Aufbau entsprechender Vermittlungsnetzwerke, die
Stärkung von Berufsschulen und der dualen Ausbildung, die Schaffung

von Azubi-Wohnheimen und fachspezifischer Campus für die berufliche Bildung.

59 **Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

60 Ein Stadtelternbeirat, eine Stadtschüler*innenvertretung und eine Kinder- und
61 Jugendvertretung müssen eingerichtet (sofern noch nicht vorhanden) und
62 unterstützt werden. Die Kinder- und Jugendvertretung soll zu kommunalen Sitzungen
eingeladen und bei Anliegen angehört werden. Schulen müssen
demokratischer werden, indem externe Expert*innen, Eltern, Schüler*innen und
Lehrkräfte gemeinsam über die Entwicklung der Schule reden.

63 **Inklusion**

64 Wir gestalten ein inklusives Bildungssystem, in dem alle Kinder gemeinsam gut
65 lernen können. Dazu erarbeiten wir kommunale Inklusionskonzepte. Um
66 Familien bestmöglich zu unterstützen, sind kommunale bzw. regionale und
67 unabhängige Beratungsangebote essenziell. In den „inklusive Schulbündnissen“
68 (iSB) sollen die Kommunen als Schulträger*innen die inklusive Schulentwicklung
69 vorantreiben. Gleichzeitig unterstützen wir Schulen dabei, sich zu
70 inklusiven Lernorten weiterzuentwickeln. Barrierefreiheit wird auch bei
71 Sanierungen und Neubauten berücksichtigt, sodass bauliche Barrieren abgebaut
72 und inklusive Strukturen von Anfang an eingeplant werden. Bereits in der
73 frühkindlichen Bildung spielt Inklusion eine entscheidende Rolle. Daher ist
74 eine verstärkte Kita-Sozialarbeit notwendig, um Familien frühzeitig zu begleiten
75 und zu entlasten. Ein entscheidender Baustein für eine erfolgreiche
Inklusion sind multiprofessionelle Teams, in denen Lehrkräfte der allgemeinen
Schulen, Förderpädagog*innen, Sozialpädagog*innen und
Teilhabeassistent*innen verlässlich und dauerhaft gemeinsam an der allgemeinen
Schule arbeiten, sich abstimmen und gegenseitig unterstützen können.
Dabei ist es wichtig, Förderschullehrkräfte möglichst mit ihrem gesamten
Stundenkontingent in das Kollegium einer allgemeinen Schule zu integrieren,
sofern sie dies wünschen. Zudem bedarf es einer besseren Organisation der
Teilhabeassistent*innen, damit ihre Arbeit optimal und verlässlich auf die
Bedürfnisse der Schüler*innen abgestimmt werden kann. Langfristig fordern wir die
vollständige Abschaffung des Förderschulsystems und ermöglichen den
Weg dorthin.

76 **Jugendhilfe**

77 Die Jugendhilfe benötigt einen besseren Personalschlüssel und soll durch
78 Bürokratieabbau entlastet werden. Anstatt einzelne Genehmigungen einholen zu
müssen, wird ein Verfügungsrahmen pro Monat und Kind eingerichtet.